

	Antrags-Nr.	
	0629-AT/2011	

Antrag

Frau Karin May
Fraktionsvorsitzende der
DIE LINKE-Stadtratsfraktion

Betreff
Antrag der DIE LINKE-Stadtratsfraktion - Sachstandsbericht Umsetzung Bildungs- und Teilhabepaket

Beratungsfolge	Sitzung	Sitzungstermin	
Stadtrat der Stadt Eisenach	Ö	19.05.2011	

I. Beschlussvorschlag

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in der Junisitzung 2011 des Stadtrates einen Sachstandsbericht zur Umsetzung des von der Regierung beschlossenen Bildungs- und Teilhabepaket zu geben.

Inhalt soll sein:

- Wer ist für die Umsetzung des Teilhabe- und Bildungspakets verantwortlich?
- Welche Maßnahmen werden im Rahmen des Teilhabe- und Bildungspakets für Kinder ab dem 01.01.2011 konkret gefördert? Wie viel Personen haben in Eisenach einen Anspruch auf diese Leistungen?
- Wie wird sicher gestellt, dass die Umsetzung der Maßnahmen sachgerecht, transparent und für alle Beteiligten nachvollziehbar ist?
- Wurden Eltern, Schulen, Kindergärten in Eisenach über die Fördermöglichkeiten informiert bzw. wann ist eine solche Information geplant?
- Wie soll die „schulnahe Lernförderung“ organisiert werden? Welche Träger wurden bisher angesprochen und eingebunden?
- Wie hoch ist der zu gewährende Zuschuss zum Mittagessen für Kinder an Schulen und in Kindertageseinrichtungen? Wo wird der Zuschuss beantragt?
- Welche Auswirkungen hat die Zuschussgewährung des Bundes auf bestehende Programme und Leistungen und welcher Handlungsbedarf ergibt sich daraus für die Stadt Eisenach?
- Wurden Vereine, Bildungseinrichtungen und andere über die geplanten personengebundenen Gutscheine im Bereich der außerschulischen Bildung u.a. in den Bereichen Sport, Kunst, Musik, Bildung informiert. Welche Abrechnungsmodalitäten sind geplant?

II. Begründung

Seit dem 01.01.2011 haben bedürftige Kinder und Jugendlichen einen Rechtsanspruch auf Teilnahme – bei Tagesauffügen und dem Mittagessen in Kita, Hort und Schule, bei Musik, Sport und Spiel in Vereinen und Gruppen.

Mit dem Bildungspaket sollen Lernmaterialien und Beförderungskosten bei Besuch einer weiterführenden Schule bezuschusst werden und eine qualifizierte Lernförderung ermöglicht werden, wenn Kinder und Jugendliche in der Schule nicht mehr mitkommen. Bis heute haben 10 Prozent der Betroffenen einen Antrag gestellt, sie sind es aber, die ein Recht auf Sicherheit und Stabilisierung der ihnen zustehenden Leistungen haben.

Frau Karin May
Fraktionsvorsitzende der
DIE LINKE-Stadtratsfraktion